

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreise Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14 Inselstr. 8a Fernruf: F 7. Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr 60460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 151 A

BERLIN • Donnerstag, den 30. Juni 1932

1. JAHRGANG

# Die Angst vor der Einheitsfront. Die Kapitulation vor Hitler.

W-er. Der Parteivorstand der SPD hat am 28. Juni an die Bezirksleitungen der SPD ein Rundschreiben geschickt, in dem zunächst darauf hingewiesen wird, daß die Kommunistische Partei die Einheitsfrontbestrebungen nur ausnutze, um für ihre eigene Partei daraus Vorteil zu ziehen und die Sozialdemokratische Partei auf diese Weise zu schwächen. Weiter empfiehlt der sozialdemokratische Parteivorstand für den kommenden Wahlkampf, daß sich die Leitung der KPD „im gegenwärtigen Wahlkampf zweckmäßig auf den Versuch konzentriere, die Wählermassen zurückzugewinnen, die ihr zu den Nationalsozialisten davongelaufen sind“.

Schließlich beanstandet der Vorstand der SPD, daß die KPD im preußischen Landtag sich bei manchen Anträgen mit den Nationalsozialisten zusammengetan habe, und zwar gegen die Sozialdemokratie.

Zu all diesen Vorwürfen läßt sich sagen, daß sie an die Adresse des Parteivorstandes der SPD selber gerichtet sein könnten:

gerade diese Partei hat bisher mindestens ebenso wenig verfehlt, gemeinsame Bestrebungen für Parteizwecke auszuschlachten, wie insbesondere ihre Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften und in der „Eisernen Front“ zeigt.

Daß gerade der KPD besonders viele Wähler zu den Nationalsozialisten übergelaufen sind, ist bisher jedenfalls nicht bewiesen. Daß aber Sozialdemokraten, und zwar führende (zum Beispiel AUGUST WINNIG, NIEKISCH, von anderen, höheren Gerichtsbeamten, Bürgermeistern und noch einfacheren Mitgliedern ganz zu schweigen) zu den Nazis und ähnlichen Tollhansanwärtern übergelaufen sind, ist erwiesen.

Wie sollten also gerade die sozialdemokratischen Wähler, die doch weniger eng mit der SPD verbunden gewesen sind, vor diesem Ueberlaufen gesichert gewesen sein?

In der Tat sind viele KP- und SP-Wähler deshalb zu den NS übergelaufen, weil die Arbeiterschaft so irrsinnig zersplittert ist. Eine wirkliche Einheitsfront könnte also ohne weiteres diese Wähler für die proletarische Front zurückerobern.

Daß die SPD zusammen mit bürgerlichen Parteien schon gegen die Kommunisten gestimmt hat, braucht hier wohl nicht bewiesen zu werden. In bezug auf Arbeiterfeindlichkeit der einzelnen Abstimmungen haben Sozialdemokraten und Kommunisten einander wahrscheinlich nicht sehr viel vorzuwerfen; jedenfalls lohnt es die Zeit nicht, eine dahingehende Statistik aufzustellen.

Der Parteivorstand der SPD betont pathetisch: „Jeder, dem der Gedanke einer echten proletarischen Einigkeit ernst und heilig ist, muß sich von einem so unehrlichen Manöver entrüstet abwenden.“

Ein lobenswerter Vorsatz ist diese Ehrlichkeit, und wir sind die Letzten, die den Parteivorstand der SPD wegen dieses Vorsatzes schmähen möchten. In Wirklichkeit erscheint uns aber sein Aufruf etwas anderes zu bezwecken,

als die sonst im politischen Kampf so mißhandelte Ehrlichkeit wieder in die ihr zustehenden Rechte einzusetzen. Der Aufruf schließt nämlich:

Darum, Genossen, Augen auf! Jeder politisch Geschulte weiß, daß erfolgversprechende Verhandlungen nur von den zentralen Parteileitungen geführt werden können. Lokale Verhandlungen schaffen statt Einigkeit und Klarheit nur Uneinigkeit und Verwirrung. Sie sind deshalb streng zu vermeiden.

Hier sieht man geradezu die Sorge, und zwar die berechnete Sorge für den Vorstand der SPD auftauchen: es könnte ohne sein Zutun, ja entgegen seinen ausdrücklichen bis zum Ueberdruß wiederholten Behauptungen gegen die Möglichkeit einer Einheitsfront, die SP und KP und alles zwischen ihnen Liegende umfaßt, in den lokalen Verbänden eine solche Einheitsfront zustande kommen. Gerade die Beobachtung, daß dies in jüngster Zeit häufig vorgekommen ist, was vor allem der glänzende Verlauf des Volksbegehrens der Arbeiterschaft an den ADGB beweis, von dem wir nahezu jeden Tag und auch heute wieder berichten, hat den Parteivorstand der SPD hier die Feder in die Hand gedrückt, um daran zu erinnern, daß alles Gute nur von oben kommen könne. Dieses Verfahren ist für erwachsene Menschen und angesichts des Ernstes der Stunde reichlich naiv: Wir brauchen jetzt keine erhobenen Zeigefinger und belehrende Schulmeisterermahnungen; wir brauchen jetzt politische Arbeit.

Die Parteivorstände, und zwar ganz gleich welche, sollen uns jetzt nicht mehr erzählen, daß der andere sie beschimpft und daß der andere schlechten Willens sei — das sind besten Falls Kleinkindermanieren, die da angebracht sein mögen, wo nichts Großes und Ernsthaftes auf dem Spiel steht.

Wir verlangen von den Führern, daß sie ihre blödsinnigen Ausreden, „der andere“ schimpfte ja und wolle nicht, sein lassen, und zwar verlangen wir das von allen Führern, selbstverständlich auch vom ZK der KPD. Wir verlangen von jedem, der den Anspruch erhebt, politisch ernst genommen zu werden, daß er das Schimpfen sein läßt, auch wenn der andere es fortsetzt. Bisher wird noch auf allen Seiten gleichmäßig geschimpft.

Wir sind überzeugt, daß wenn die Führung des ADGB unabhängig von allen Schimpfkanonaden, die von irgend einer Stelle gegen diese Aktion unternommen werden, eine öffentliche Einladung ergehen läßt an die leitenden Instanzen von SP und KP mit dem Ziel, zu gemeinsamen Abmachungen zu kommen, zum Beispiel für den Wahlkampf und auch für andere akute Anlässe, diese Einladung ein so gewaltiges Echo in der deutschen Arbeiterschaft und überhaupt bei allen einigermaßen vernünftigen Leuten finden wird, daß jedem Redakteur die Feder aus der Hand geschlagen wird, der es wagt, gegen diese Aktion das Gift seiner politischen Unsauberkeit oder das Bleigewicht seiner politischen Dummheit ins Feld zu führen.

## Kurpfuscher und ihre Helfershelfer.

Von Hellmut Rauschenplat.

Beinahe bei jedem Abschnitt der deutschen Wirtschaftspolitik, die vorgeblich zur Bekämpfung der Krise dient, lautet unser Urteil: Kurpfuscherei.

Die heutige Wirtschaftspolitik geht nicht an die Wurzel des Übels. Sie tut nichts, um die Lage von Grund auf zu bessern durch Steigerung der Massenkaufkraft. Statt dessen wird an einzelnen Krisenerscheinungen herumgedoktert, genau so wie das Kurpfuscher tun, — wobei dahingestellt bleibe, ob die meisten heutigen Aerzte besser sind als die sogenannten Kurpfuscher.

Damit die furchtbaren und leidvollen Erfahrungen, die wir mit dieser Wirtschaftspolitik machen, wenigstens denen, die nicht Augen und Ohren verschließen, als Lehre dienen, greifen wir heute nochmals zurück in die Zeit der Bankensanierung vom Februar dieses Jahres. Wir schrieben im „Funke“ vom 25. Februar zur Frage der

### Bankensanierung:

„Daß die Banken saniert, wörtlich: gesund gemacht werden mußten, ist richtig. In bezug auf das Verfahren bei der Sanierung (die Hergabe öffentlicher Mittel, die Einschaltung des Staats in den Kreis der Großaktionäre, Rücksichtnahme auf die Aktionäre der Großbanken) lassen sich vom sozialistischen Standpunkt viele Einwände machen. Sie treten an Bedeutung aber weit zurück hinter dem einen Einwand, den wir hier erheben:

Was DIETRICH unternommen hat, ist nichts als Kurpfuscherei. Es ist ein lächerliches Unterfangen, an einem durch und durch kranken Körper ein einzelnes Organ durch eine Operation gesund machen zu wollen; denn dieses Organ wird nur zu bald von neuem erkranken. Ebenso ist es verkehrt, innerhalb der durch Monopole aller Art schwer, fast tödlich erkrankten deutschen Wirtschaft ein einzelnes Organ gesund machen zu wollen. Ja, wie die Dinge liegen, wäre es besser: auch dieses Organ, die Banken, wäre noch krank! Denn das unter großem Aufwand an Mitteln gesund gemachte Organ soll nun dazu benutzt werden, weiterhin Großgrundeigentümer und Schwerindustrielle zu stützen und also notwendige Operationen am Wirtschaftskörper weiterhin zu verhindern. Nur eine Bankensanierung, die gleichzeitig mit der Bereinigung jener Krankheitsherde erfolgt, wäre eine Sanierung, die auch Sozialisten begrüßen könnten.“

Der „Vorwärts“ schreibt gleichzeitig voll Freude darüber, daß „die hohen Funktionäre des Reiches und der Reichsbank wider Willen zu Vollstreckern einer unvermeidlichen Entwicklung geworden“ sind: „Der 22. Februar 1932 wird in die kapitalistische Wirtschaftsgeschichte als Datum des größten Aktes eingehen, mit dem jemals der Staat in die Wirtschaft eingegriffen hat. Außerlich ein grandioser Akt der Verlustbereinigung, ist der 22. Februar zugleich ein Tag der allerstärksten Ausdehnung des Staates in der Wirtschaft.“

### Fortsetzung folgt!

Inzwischen erlebten wir die Sanierung der großen Schiffahrtskonzerne. DIETRICH hat nunmehr in einer Wahlversammlung am 26. Juni gestanden: „Die Stützung der großen Schiffahrtsgesellschaften war ein Gebot der Notwendigkeit, um nicht eine neue schwere Bankenkrise offenbar werden zu lassen.“

Das neueste Glied in der Kette der Sanierungen ist der Fall FRICK, über den wir bereits ausführlich berichtet haben (in Nr. 146). Auf die Frage: Warum hat das Reich dieses „Geschäft“ gemacht, Herrn FRICK Aktien zu 90 Prozent abzukaufen, die an der Börse nur mit 24 Prozent bewertet werden?, sagten wir, es sei wahrscheinlich so: „Weil bereits Steuergelder ohne wirklichen Sanierungs- (Gesundmächungs-) Erfolg vertan sind, werden weitere Steuergelder vertan, in der Hoffnung, den ersten Mißerfolg dadurch zuzudecken.“

Herr DIETRICH hat sich beeilt, unsere Vermutung zu bestätigen. Er äußerte in der bereits erwähnten Wahlrede

## Blutbad nach einer Beerdigung.

### Drei Kommunisten erschossen.

In Staffurt nahmen etwa 1500 Arbeiter an der Beerdigung ihres kommunistischen Genossen LEINUNG teil, der bei einer politischen Schlägerei erschossen worden war. Nach der Beerdigung kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, die sich bemühte, den geschlossenen Zug der Teilnehmer an der Beerdigung aufzulösen. Durch Schüsse der Polizei wurden drei Kommunisten getötet.

Es läßt sich im einzelnen natürlich hier nicht entscheiden, wie dieses Blutbad hätte vermieden werden können. Es berührt nur eigentümlich, daß die „fest in den Händen ihrer republikanischen Führer sich befindende republikanische preußische Polizei“ im Falle der Teilnahme an einer Beerdigung eines kommunistischen Genossen drei Teilnehmer zur Strecke bringt, während sie zum Beispiel im Falle der geplanten Erstürmung des „Vorwärts“-Hauses

offenbar so nachgiebig war, daß von ihrem Eingreifen so gut wie gar nicht die Rede gewesen ist. Von einem „Vorwärts“-Redakteur soll sogar das Wort gefallen sein: „Die Polizisten sympathisieren mit den NS.“ Wir haben das weder selber gehört, noch wollen wir es hier behaupten. Uns erscheinen die vorliegenden Tatbestände aber hinreichend, Herrn SEVERING zu veranlassen, sich um seine Polizei zu kümmern. Wir wissen, daß manche, und zwar führende Polizeibeamte das Verhalten SEVERINGS gegenüber der SA unverständlich langmütig und unerklärlich finden. Die Fraktionen der Parteien, die am Arbeitermord nicht interessiert sind, sollten endlich Herrn SEVERING in den Landtag beschlen und von ihm Rede und Antwort verlangen da er sie von sich aus offenbar nicht zu geben bereit ist.

unmittelbar nach dem vorhin angeführten Satz: „Was jetzt geschehen ist für die Eisen- und Kohlenindustrie, hängt zuvörderst wieder zusammen damit, daß auch hier eine ungeheure Verschachtelung vorhanden ist, die ihre letzten finanziellen Ausstrahlungen wieder in der Verpflichtung der Großbanken und vieler mittlerer Banken hat.“

DIETRICH malt dann die Gefahren aus, die entstanden wären, wenn Herr FLICK mit seiner Charlottenhütte bankrott gemacht hätte: Großkonzerne wären dann zusammengebrochen, hunderttausende Menschen wären auf die Straße gekommen. DIETRICH hat die Stirn, zu behaupten: „Aus diesen volkswirtschaftlichen Beweggründen hat dann das Reich durch den von mir unterzeichneten Vertrag Herrn FLICK geschluckt und von ihm die Substanz gefordert.“

Uns scheint, das Schicksal in Gestalt von Herrn DIETRICH war Herrn FLICK weit gnädiger! Doch das hier nur nebenbei. Wir haben diese Frage bereits ausführlich behandelt.

DIETRICH wiederholt nach diesen Behauptungen noch einmal mit aller Deutlichkeit: „So ergibt sich, daß die Aktion, die unter dem Schlagwort Gelsenkirchen jetzt erörtert wird, genau so zwangsläufig notwendig geworden war, wie die Sanierung der Großbanken und der Schiffahrtstrusts.“

Auch damit bestätigt DIETRICH unser Urteil vom Februar, und zwar das Urteil, das wir über ihn persönlich fällten: „Bankendiktator in Deutschland ist ein Mann, der an wirtschaftliches ‚Schicksal‘ glaubt und also in der Lage ist, jeden Fehler, den er oder einer seiner Bankdirektoren macht, wird, nicht sich selber oder ihnen, sondern dem ‚Schicksal‘ aufs Schuldenkonto zu buchen.“

### Bitte der Nächste!

Die Herren von der Mansfeld A.-G. bedauern es sicher lebhaft, daß Herr DIETRICH nicht mehr in Deutschland Schicksal spielt. Aber auch seinen Nachfolgern trauen sie wohl genügend Verständnis für ihre Lage zu. Der Generaldirektor STAHL sagte auf der Generalversammlung der Mansfeld A.-G. am 27. Juni, die Frage müsse entschieden werden, „ob und unter welchen Bedingungen die Weiterführung dieser Betriebe überhaupt noch im Rahmen eines privaten Unternehmens möglich und zweckmäßig ist.“

Die Direktion der Mansfeld A.-G. denkt offenbar an Abstoßung der bisher vom Staat subventionierten Bergbaubetriebe an den Staat; die Betriebe, die rentieren, möchte die Gesellschaft als Privatbetriebe weiterführen.

Mit solchem Verlangen werden nun sicher noch mehr Firmen an das Reich herantreten: Nehmt uns die unrentablen Betriebe oder Betriebsteile ab; wir werden so freundlich sein, aus dem Rest weiter Profite zu ziehen.

Dieses Verfahren ist natürlich so toll, daß sich dafür selbst die geschworensten Kollektivistinnen nicht erwärmen können. Der „Vorwärts“, der ja unentwegt weiter dafür eintritt, Betriebe in Staatshand, das heißt: in die Hände der Junker zu überführen, kann es sich aber doch nicht verkneifen, zu schreiben: „Ueber eine Verstaatlichung der gesamten Mansfeld A.-G. ließe sich reden.“

Wird diesen sozialdemokratischen Doktrinen noch nicht hange vor den hohen Funktionären des Reiches und der Reichsbank „als Vollstreckern einer unvermeidlichen Entwicklung“? Dämmert es ihnen noch nicht, daß sie selber — die sozialdemokratischen Funktionäre! — zu den geistigen Helfershelfern dieser Entwicklung gehören, die den Kapitalisten und ihrem Staat immer mehr Macht in den Schoß wirft?

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie ist ja nicht neu. Anlässlich der Gründung der SIEMENS-SCHUCKERT-Rhein-Elbe-Union schrieb der „Vorwärts“ in Nr. 547, vom 5. November 1920:

„Der gewaltige Organisationsgeist, den HUGO STINNES in letzter Zeit entwickelt, und der sich geradezu ins Riesenhafte auswächst, zwingt auch den Gegner zur Achtung. Stehen STINNES auch Kapitalien in jeder Höhe zur Verfügung, so erfordern diese Konzentrationen doch auch schöpferische Arbeit, neue Formen für die Zusammenballungen wirtschaftlicher Unternehmungen zu finden. Er bringt, wie MARX sagt, den Kapitalismus in den

„Puppenzustand“, aus dem einst als fertiger Schmetterling die sozialistische Gemeinwirtschaft entschlüpfen wird.

Stören wir ihn nicht bei seinem Werk. Die Sozialisten werden ihn vielleicht preisen als einen ihrer Größten.“ Bis zu welchem bitteren Ende wollen diese Doktrinäre

an der Theorie vom Puppenzustand und Schmetterlingsflugfesthalten und jene kapitalistische Praxis dadurch mit dem Glorienschein des kommenden Sozialismus umkleiden?

Wie lange werden Arbeiter sich solche Lobpreisungen noch anhören? Wieviel Erfahrungen müssen wir dazu noch erleiden?

## Prestigefragen in Lausanne.

### Der Abbruch droht.

g Lausanne, 29. Juni.

Der französische Finanzminister hat seine Rede, die die Erwiderung auf SCHWERIN-KROSIGKS Rede sein sollte, noch nicht gehalten. Das Konzept soll vorliegen, vielleicht wird es am Mittwoch vorgelesen.

Am Dienstag hat MACDONALD die Verhandlungen wieder in die Hand genommen; um 12 Uhr mittags waren HERRIOT und PAPAN zu einer gemeinsamen Unterredung bei ihm. Die Aussprache ging über mehrere Stunden. Sie hat kein Ergebnis erzielt.

Die sechs einladenden Konferenzmächte wollen sich am Mittwoch treffen. Ob noch einmal eine Unterredung zwischen PAPAN und HERRIOT stattfindet, steht noch aus. Der englische Außenminister SIMON ist inzwischen wieder in Lausanne eingetroffen. Die Stimmung in Lausanne ist so von Pessimismus erfüllt, daß viele von der Sitzung der sechs Mächte am Mittwoch lediglich einen allgemeinen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Konferenz erwarten und eine Vertagung, wenn auch nicht der Konferenz, so doch der weiteren Verhandlungen. Die englischen Vertreter bemühen sich mit aller Macht, diesen Pessimismus zu zerstreuen. MACDONALD versucht zum mindesten einen Abschluß zu erzielen, der die Tatsache eines Abbruchs verschleierte.

HERRIOT wird am Donnerstag nach Paris fahren. In einer Fraktionssitzung seiner Partei haben am Anfang der Woche heftige Auseinandersetzungen stattgefunden zwischen dem rechten und dem linken Flügel. Der linke Flügel scheint eine großzügigere Politik von HERRIOT zu verlangen, um endlich die Außenpolitik Frankreichs zu bereinigen. Eine Politik, die auch von der sozialistischen Partei unterstützt wird. HERRIOT fährt nach Paris zurück, um seiner Partei Rechenschaft zu geben.

### Hemmende Wahrheitsrücksichten.

S. H. Auf der schwarzen Tafel in Lausanne stehen die Worte: „Reparationen“, „Kompensationen“ und die Ueberschrift darüber: „Krise“. Der Schwamm ist trocken, der diese Worte auswaschen sollte. — Die Konferenz geht ihrem Ende entgegen, was auch dann faktisch ein Ende, eine Niederlage aller beteiligten Mächte bedeutet, wenn sie „in Permanenz“ erklärt wird, Ausschüsse eingesetzt werden und damit das Moratorium weiterläuft, das schon vor der Konferenz zwischen den Gläubigermächten vereinbart worden ist.

Eine Niederlage — denn die Hoffnung der Völker ging darauf aus, den unentzweiten Zwist, vor allem zwischen Frankreich und Deutschland, endlich zu Grabe zu tragen. Die materiellen Opfer, die dabei beiden Staaten zugemutet werden mußten, (Frankreich sollte einen Verzicht, Deutschland eine wenn auch verminderte und hinausgeschobene Zahlung leisten), diese Opfer fallen überhaupt nicht ins Gewicht. Man braucht dafür in Deutschland z. B. nur daran zu denken, welche Opfer der Arbeiterklasse dauernd für innenpolitische Zahlungen an die herrschende Klasse zugemutet werden. Das Moratorium, das nunmehr erklärt wird, ist das Eingeständnis der Ohnmacht nicht diesen wirtschaftlichen Fragen gegenüber, denn die bieten kein unlösbares Problem, sondern den einander widerstrebenden Prestigeansprüchen gegenüber. Die nationalen Kreise in Deutschland haben das Wort „Tribut“ geprägt, das Wort vom „Schmachtfrieden“, ihr Anspruch auf die Steuerung der Außenpolitik lief darauf hinaus, diese „Tribute“ zu streichen. Gelingt ihnen das nicht, dann haben sie außenpolitisch verspielt. Große Kreise des französischen Volkes halten fest an dem Anspruch auf Achtung der Verträge. Gibt HERRIOT diesen Anspruch preis, dann hat auch er damit zu rechnen, daß ihm das Vertrauen entzogen wird.

Wir haben bereits gestern ausgeführt, wo wir den Ausweg sehen. Regierungen, die Kriege führen, um daraufhin eine Machtentscheidung zu treffen, und die so etwas Völkerrecht nennen, können den Anspruch auf Einhaltung der Verträge nicht einseitig zerreißen; sie können andererseits nicht darum herum, Revisionen zuzulassen. Eine vom wirtschaftlichen Standpunkt aus rationale Lösung, für die gute Vorschläge längst vorliegen, würde dem, was das Recht hier fordert, entsprechen und würde weder die Ehre des einen noch die des anderen verletzen.

In besonderem Maße erschwert wird die Lösung dadurch, daß PAPAN nach den mißlichen Vorgängen der zurückliegenden Woche jetzt wie in einen Panzer gehüllt ist, ohne jede innere Freiheit. Der Druck der bevorstehenden Wahlen, der die Regierung, die er vertritt, nötigt, ihren Wählern gegenüber das alte Versprechen der Unnachgiebigkeit aufrechtzuerhalten, lastet auf der deutschen Außenpolitik, die jetzt völlige Unabhängigkeit von solchen Wahrheitsrücksichten nötig hätte. Das Rechnen mit diesem Faktor liegt auch wohl den Erwägungen MACDONALDS zu Grunde, wenn er den Versuch unternimmt, die Konferenz jetzt zu vertagen, und sie erst im Herbst nach der deutschen Wahl wieder aufzunehmen, unter dem weniger anrühlichen Namen einer Wirtschaftskonferenz.

Aber solche Lösungen sind in Wahrheit Verschleiern, die jeder durchschaut. Die Schuld dafür trifft die eigentlich Verantwortlichen, Frankreich und Deutschland. Kein MAC DONALD, keine Sechsmächte-Konferenz, kein Rat der Presse der gesamten Welt kann, wie heute die Machtverhältnisse einmal liegen, die Frage zur Entscheidung bringen. Es liegt bei den Vertretern Frankreichs und Deutschlands, die Prestige-Frage zu bereinigen. Sie wird nur bereinigt, wenn das, was man Ansehen nennt, nicht als bloßes Machtansehen in die Waagschale geworfen wird, sondern als ein Ansehen, das sich dadurch Achtung vor der Welt verschafft, daß es das Ansehen des anderen als gleichberechtigt anerkennt.

Ohne eine solche innere Bereinigung würde jede von außen herbeigeführte Entscheidung unfruchtbar bleiben.

## Gibson wird ungeduldig.

Am Dienstag nachmittag traf der amerikanische Botschafter GIBSON unerwartet in Lausanne ein, begab sich zu MAC DONALD und hatte mit ihm eine längere Unterhaltung, die, wie es heißt, dem amerikanischen Abrüstungsvorschlag galt.

Die amerikanische Regierung hat davon gehört, daß in leitenden Kreisen der Abrüstungskonferenz in Lausanne ein Ansehen nach französische Delegierte den Ausschlag geben — die Absicht besteht, die Abrüstungskonferenz am 15. Juli für mehrere Monate zu unterbrechen, ohne vorher den amerikanischen Vorschlag gründlich zu erörtern. Die Bemühungen der amerikanischen Delegation gehen schon seit Wochen dahin, bis zum Herbst ein Ergebnis der Genfer Konferenz zu erzwingen. GIBSONS Besuch in Lausanne bedeutet daher den Protest gegen die hochkommenden Vertagungsgelüste. In diesem Protest ist die amerikanische Abordnung mit einer Reihe der in Genf vertretenen aber in Lausanne nicht beteiligten Mächte einig.

Wie es heißt, haben MACDONALD und GIBSON darüber beraten, wie die Abrüstungskonferenz nach dem Abschluß der Lausanner Tagung vorangetrieben werden könne.

In der englischen Presse erscheinen Meldungen, wonach die englische Regierung in ihrer Kabinettsitzung vom Montag beschlossen habe, die Abrüstungsvorschläge HOOVERS, die sie als wertvoll anerkenne, durch einen neuen englischen Abrüstungsplan zu ergänzen, der möglicher Weise weiter gehen werde als die HOOVERSchen Forderungen.

## Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

17) THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1922

„Ich bin alt genug, ich weiß selbst...“  
„Eine Jöhre bist du, gar nichts weißt du!“  
Trude Müller hört den Mann ein paar Schritte durch die Küche machen und am Tisch stehenbleiben. Sie kennt die Gewohnheiten in der Nachbarwohnung genau. Die Frau steht jetzt am Herd und füllt ihm die Blechkanne mit Kaffee. Er steckt sich die Stullenpakete in die Taschen:

„Wieder bloß Marmelade drauf, geht denn auch heute keiner nach Fleisch?“  
„Doch, die Lucie, wenn sie den Brief fertig hat. Den nimmt sie gleich mit.“ Und zur Tochter sagt sie: „Unten bei der Hanken sollst du anklopfen. Die Lene soll sich auch mit anstellen!“

Ein paar Minuten Schweigen.  
Dann fällt die Tür hart zu.

Der Mann tappt die Treppe hinunter. Etwas später klappt die Tür wieder. Die Tochter geht, um sich nach Fleisch anzustellen. Zweimal in der Woche gibt die Städtische Freibank markentreies Fleisch aus, ein halbes Pfund pro Kopf, soweit der Vorrat reicht. Lucie klopft eine Treppe tiefer an und nimmt die dreizehnjährige Nichte der Frau Hanken mit.

Bei Langos ist es still geworden.  
Auch das übrige Haus kommt langsam zur Ruhe.

Trude Müller starrt mit offenen Augen ins Dunkel und horcht auf die letzten verhallenden Geräusche. Die Wasserleitung stuckert. Irgendwo fällt ein Stuhl um. Ein Kind schreit kurz aus dem Schlaf auf. Dann kommt die Möhring mit ihrem Soldaten die Treppe hoch. Die beiden bemühen sich, leise zu gehen, aber der Mann hat schwere Stiefel an.

Eine Welle später, wie sie endlich im Einschlafen ist, wird sie durch die lauten Schläge einer Turmuhr wieder aufgeschreckt — vier helle harte Schläge und hinterher ein dumpfer.

Es ist ein Uhr.

Die Schläge dröhnen von der Kirche herüber, die ein paar Straßenzüge weiter zwischen den Mietskasernen eingeklemmt steht. Trude Müller kennt diese Kirche und den Kinderhort in ihrem Kellergewölbe.

Jeden Morgen brachte sie den Jungen dorthin. An der Hand führte sie ihn die Straße entlang. Bis zu dem backsteinernen Torbogen, der die Kleinen anginge wie ein großes offenes Maul und sich dann hinter ihnen schloß. Und nachher war alles grau und ohne Abwechslung. Tisch, Bänke... singen, spielen, stillsitzen; alles war fertig und vorherbestimmt. Die Kinder saßen schläfrig an den Wänden und sangen: „... daß ich Jesu Schäflein bin!“

Sie hat die Kinder sitzen sehen. Nach dem Abliefern der Mäntel machte sie manchmal unten einen Besuch, und abends holte sie den Jungen immer ab.

Im Kinderhort hat er sich die Grippe geholt, hier im Zimmer hat er die Lungenentzündung dazu bekommen. Die Schwester im Krankenhaus hat sie so angesehen, so besonders; und der Arzt hat dabei gesagt: „Ich kann Ihnen leider nicht viel Hoffnung machen!“

Sie horcht in die Nacht hinaus und vernimmt nur das Sausen im eigenen Kopf. Warum geht keine Tür mehr im Haus, warum fällt kein Stuhl mehr um, warum bustet nicht wenigstens einer? Die Möhring mit ihrem Soldaten liegt genau über ihr, die beiden rühren sich nicht mehr. Nebenan die Lange, unten die Hanke — vierzig Familien wohnen um den Hof herum, das sind zweihundert Menschen, oder sogar dreihundert. Und alle liegen wie vergiftet in ihren Löchern. Es ist so still, daß man den Kalk hinter den Tapeten rieseln hört. Vielleicht ist es gar kein Kalk, vielleicht sind es nur die Wanzen!

Die Uhr muß doch wieder schlagen!  
Warum schlägt die Uhr nicht mehr?

Sie hat einen Spiegel überm Bett hängen, in dem sich jetzt ein matter Lichtschein fängt.

Im Hinterhaus ist ein Fenster hell geworden.  
Eine Frau kommt die Treppe herunter, eine Alte mit einer Petroleumlampe in der Hand — auf dem Wege zum Klosett,

das für die Mieter von zwei Etagen zwischen den Stockwerken untergebracht ist. Sie kommt nicht gleich bis hin, hockt sich auf die Treppe und preßt einen mit warmem Sand gefüllten Beutel gegen ihren kranken Leib.

Trude Müller sitzt auf ihrem Bettrand und blickt über den Hof. Die zusammengekauerte Gestalt auf der Treppe und die Einzelheiten der Erscheinung sieht sie mit übernatürlicher Genauigkeit — das wie angeklebte schütterte Haar, die gelblich gewordene Nachtjacke, die verlegenen Flanellunterbeine, die Holzpantinen an den Füßen, die welken Hände, die den Beutel umspannenden Finger.

Trude Müller ist eine gesunde Frau, aber sie näht seit drei Jahren Soldatenmäntel und als sie sich niederlegte, war ihr schwindlig vor Hunger; sie hat einen Mann im Feld, ein Kind im Krankenhaus...

Plötzlich scheint ihr, daß sie das Geräusch wieder vernehme — das kommt nicht von rieselndem Kalk, das kommt auch nicht von den Wanzen. Das verursacht die Alte, das sind diese unaufhörlich knetenden Finger und die in dem Beutel mahelnden Sandkörner. Und das Geräusch kommt durch Mauern und Fenster und wird stärker und erfüllt dröhnend das ganze Haus. Sie klammert sich an ihre Vernunft: das ist doch die alte Nauken, die ist doch vor vier Wochen noch waschen gegangen! Sie ist doch ganz gewöhnlich die Treppe herunter gekommen, mit der Lampe in der Hand. Aber die Holzpantinen — die haben nicht aufgeklappt. Nein, die haben bestimmt nicht aufgeklappt!

Erst als sie beobachtet, daß nicht nur die Hände, daß auch der Kopf sich leise bewegt, und daß die Alte, nachdem sie sich wieder aufgerichtet hat, langsam die Treppe weiter heruntersteigt, läßt das Grauen sie los.

Aber sie denkt nicht mehr an Schlafen.  
Auch im Haus kann sie es nicht mehr aushalten.

Sie sucht ihre Strümpfe und Schuhe hervor und zieht sich, ohne Licht zu machen, an. Und dann fällt ihr doch nichts anderes ein, als ebenfalls nach dem Schlachthof zu gehen, um sich, wie die Nachbarstochter Lucie Lanke, nach einer Ration Fleisch anzustellen.

(Fortsetzung folgt.)



# Die Nationalsozialisierung der Braunschweigischen Polizei.

## Klagges an der Arbeit.

Wer in den letzten Monaten Gelegenheit hatte, die in der Regel durch Nazis hervorgerufenen Menschenaufläufe und Schlägereien in der Stadt Braunschweig zu beobachten, der mußte feststellen, daß die Polizei in den meisten Fällen versagte. Entweder kam sie zu spät; die NS waren schon abgerückt. Oder aber die Polizei duldet das pöbelhafte Benehmen der NS gegenüber den Arbeitern. Wenn sie schon zu Verhaftungen schritt, dann waren es fast immer angegriffene oder an den Krawallen überhaupt nicht beteiligte Arbeiter, die für die Taten der NS-Horden verantwortlich gemacht wurden. Kurz: die Braunschweiger Polizei ist heute eine gute Rücken- deckung für die SA- und SS-Horden.

Die frühere Regierung hatte sich bemüht, die Polizei zu einer Schutztruppe für die Republik zu machen. Die republikanische Gesinnung zeigte sich noch, als Herr KLAGGES schon mehrere Monate Polizeiminister war. Auf dem SA-Treffen im Oktober vorigen Jahres z. B. mußten SA-Leute, die sich den Anweisungen der Polizeibeamten widersetzen und sich selber Polizeigewalt anmaßen, in vielen Fällen mit dem Gummiknüppel Bekanntschaft machen.

Das war für die NS das Signal, mit Eifer daranzugehen, die Polizei für ihre Zwecke zu gewinnen. Mit Hilfe eines Schnüffelsystems „entlarvte“ man „marxistisch verseuchte“ Polizeibeamte, schikanierte sie oder entließ sie sogar aus dem Dienst. Hier nur ein Beispiel:

Dem Polizeimeister RÖPKE wurde vorgeworfen, gesagt zu haben: die Regierung KLAGGES bestünde nicht zu Recht. Das Disziplinargericht verurteilte RÖPKE zu ganzen zwanzig Mark Geldstrafe — ein Zeichen dafür, daß von einer Beleidigung des Staatsministeriums durch RÖPKE nicht die Rede sein konnte. Kurz darauf wurde RÖPKE „im Interesse des Dienstes“ beurlaubt und anschließend pensioniert.

Im Verlauf der NS-Aktion innerhalb der Polizei sollte natürlich auch die gewerkschaftliche Organisation der Polizeibeamten, die für die Rechte ihrer gemäßregelten Mitglieder eintrat, über die Klinge springen. Ein Anlaß war bald gefunden. Zum Verbandstag des

### Polizeibeamten-Verbandes

waren außer den Behörden auch die größeren Parteien eingeladen worden, Vertreter zu entsenden. Auch ein KP-Genosse (GRÜNHAGE) erschien und hielt eine Begrüßungsansprache: „Als Vertreter der Kommunistischen Partei begrüße ich die Landesverbandstagung der Polizeibeamten und erkläre mit allem Nachdruck, daß die wirtschaftlichen Interessen und Forderungen, besonders der unteren Polizeibeamten, mit den wirtschaftlichen Interessen und Forderungen der kämpfenden deutschen Arbeiterklasse eng verbunden sind. Die Polizeibeamten müssen erkennen, daß die Schuld an allem Hunger und an allem Elend allein das kapitalistische System trägt.“ Der Versammlungsleiter sah in diesen Worten eine Entgleisung und forderte den Redner auf, nicht politisch zu sprechen. Der fuhr fort:

„Die Demokratie in dieser deutschen kapitalistischen Republik ist keine Demokratie.“

Der Versammlungsleiter entzog dem KP-Redner das Wort. Die Behördenvertreter verließen demonstrativ den Versammlungsraum. GRÜNHAGE wurde aus dem Saal gewiesen, und im weiteren Verlauf der Tagung wurde beschlossen, künftig keine Vertreter der KP zu den Verbandstagen mehr zuzulassen.

Kurz darauf brach KLAGGES die Beziehungen zum Polizeibeamten-Verband ab und verbot allen Polizei- und Landjäger-Beamten die Zugehörigkeit zu diesem Verband, der — wie er schrieb — zu einer „Stätte marxistischer und kommunistischer Propaganda“ geworden sei. Herrn KLAGGES genügt schon die Tatsache, daß ein Vertreter der KP eingeladen worden ist, um seine Maßnahme zu rechtfertigen. Nach seiner Meinung darf die KP nicht zu Beamten tagungen eingeladen werden, da sie öffentlich für den Umsturz des Staates unter Anwendung von Gewaltmitteln eintritt und versucht, Polizei und Reichswehr zu zersetzen. KLAGGES stellt den Polizeibeamten-Verband auf eine Stufe mit politischen Verbänden, wie „Stahlhelm“, „Reichsbanner“, „Wehrwolf“, denen die Polizeibeamten schon seit mehreren Jahren nicht angehören dürfen. Der Polizeibeamten-Verband ist für ihn eine politische Organisation, weil er „der Agitation einer Partei Vorschub leiste“.

Die Spitzenorganisation des Polizeibeamten-Verbandes, der Deutsche Beamten-Bund (DBB), hat beim Reichsinnenminister gegen KLAGGES' Maßnahme Protest erhoben. Das Verbot verletzt ein Grundrecht nicht nur der Beamten, sondern aller Arbeitnehmer überhaupt: das Koalitionsrecht.

„Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig.“

So steht es in der Reichsverfassung.

In Braunschweig ist durch die NS-Regierung die Koalitionsfreiheit der Beamten praktisch aufgehoben worden. Für die Polizeibeamten wird nur noch die nationalsozialistische „Gewerkschaft“ geduldet.

Der ehemalige Reichsinnenminister GROENER hat Herrn KLAGGES ersucht, das Verbot des Polizeibeamten-Verbandes zurückzunehmen. KLAGGES hat Herrn GROENER mitgeteilt, daß der DBB den Reichsinnenminister über die Vorgänge falsch unterrichtet habe: Der Leiter des Landesverbandstages habe dem KP-Vertreter erst dann das Wort entzogen, als die Vertreter des Polizeipräsidiums den Saal schon unter Protest verlassen hätten und er daraus gemerkt habe, daß dieser Vorfall nicht ohne Folgen bleiben würde. So schrieb KLAGGES an GROENER.

In der „Braunschweigischen Landeszeitung“ (vom 26. Juni 1932) gibt Herr KLAGGES eine etwas andere Darstellung: Während der Deutsche Beamtenbund die Sache so dargestellt habe, als ob seitens der Versammlungsleitung rechtzeitig gegen den kommunistischen Redner eingeschritten worden sei, gehe aus der Untersuchung in dem Dienststrafverfahren gegen den Versammlungsleiter einwandfrei hervor, daß dieser erst gegen den Redner eingeschritten sei, als die Behördenvertreter den Saal zu verlassen sich anschickten.

Wie es um die Wahrheitsliebe dieses Ministers sonst aussieht, mag noch ein anderes Beispiel zeigen. Der Polizeiwachtmeister EINE wurde im vorigen Jahre aus der Schutzpolizei entlassen, weil er angeblich den Braunhemden nicht wohlgesinnt war. EIN erwarb sich um eine Stelle in der Hamburger Schutzpolizei. Er wurde dort nicht eingestellt, weil der Kommandeur der Braunschweiger Polizei gemeldet hatte, daß EINE stark an die KP gebunden sei. Durch eine Klage zwang EINE sowohl den Minister KLAGGES als auch seinen Polizeikommandeur, ihre Meldung öffentlich als das zu bezeichnen, was sie war: eine Lüge.

Inzwischen ist KLAGGES gegen die gewerkschaftlich organisierten Beamten noch einen Schritt weiter gegangen: er hat die Verbindung mit dem Braunschweigischen Beamten-Bund

abgebrochen, weil der Geschäftsführer WEHE des Polizeibeamten-Verbandes dem Vorstände des Braunschweigischen Beamten-Bundes angehört. WEHE ist Schriftleiter der „Braunschweigischen Beamten-Rundschau“. Seine Berichte über den Konflikt mit der Regierung stellen nach der Meinung des Herrn KLAGGES und seines deutschnationalen Trabanten KÜCHENTHAL „den Versuch dar, den Herrn Braunschweigischen Minister des Innern (KLAGGES, Pf.) im Urteil der braunschweigischen Beamtenschaft und der Öffentlichkeit herabzusetzen“.

Richtig! Und zwar herabzusetzen durch ein wirkungsvolles Mittel: durch Aussprechen der Wahrheit über jene Herren. W. Pfaff.

## Aus dem Nazi-Lager.

### Neue Opfer, damit SA lebt.

„Noch nicht“ ist für Herrn VON GAYL die Stunde des Einschreitens gegen die Bluttaten der SA gekommen. Natürlich nicht; denn die SA hat auf den Straßen im Interesse einer Herrenklasse eine Funktion zu erfüllen, die nicht mit einem Dutzend Morden an Arbeitern abgetan ist.

Solange also nicht die Arbeiterschaft zu einer machtvollen einheitlichen Gegenwehr sich aufrafft und solange SEVERING und BRAUN gegenüber ihrer Verantwortung für die Zustände in Preußen taub sind, solange fordern die von der SA ausgeführten oder provozierten Bluttaten weiter ihre Opfer.

Die Zahl der Opfer an Verletzten beträgt im Laufe dieser Woche bereits mehrere Hundert.

Getötet wurde wieder ein Kommunist bei einem Zusammenstoß mit NS in Volkmarisdorf bei Leipzig.

Ein Bauernaufstand fand in Göbriichen bei Pforzheim anlässlich einer Zwangsversteigerung statt. Es kam zu ausgedehnten Straßenschlachten mit der Polizei.

### Papens Diener.

#### Neue Entlarvung der Nazis.

Der sächsische Landtag hat die Regierung beauftragt, der Reichsregierung gegenüber das Mißtrauen des sächsischen Landtags zum Ausdruck zu bringen.

Für diesen kommunistischen Antrag stimmten die Kommunisten und Sozialdemokraten, im ganzen 44 Abgeordnete. Gegen den Antrag stimmten 27 Abgeordnete der mittleren bürgerlichen Parteien. Die Parteien jedoch, auf deren Kreise sich die PAPEN-Regierung stützt, drückten sich: die Deutschnationalen enthielten sich der Stimme, während die Nazis vor der Abstimmung den Saal verlassen hatten.

Es ist eine gute Taktik der Kommunisten, bei jeder Gelegenheit die NS in die Lago zu versetzen, daß sie nicht wagen, ihre Stellung zu den Vertretern der Herrenklasse zu bekennen. Durch ihr ausweichendes Verhalten bei derartigen Abstimmungen bekunden die Nazis immer von neuem, daß der Name einer Arbeiterpartei auf sie nicht paßt. Einen anderen Wert haben natürlich derartige Anträge nicht.

Ein sozialdemokratischer Antrag wurde einstimmig, auch mit den Stimmen der NS, angenommen. Er fordert, bei der Reichsregierung und im Reichsrat gegen die Notverordnung der Regierung von PAPEN Einspruch zu erheben, mit dem Ziel, die Kürzung der Unterstützungssätze in der Arbeitslosen- und Krisenfürsorge rückgängig zu machen und alle Maßnahmen, die eine Belastung der unteren Volksschichten mit sich bringen, zu unterbinden.

### Der Stock im Lustgarten.

Hr. Was die Polizei in München fertigbringt, ist auch in Berlin möglich. Die Demonstration der völkischen Bünde, die am Dienstag nachmittag ihrem Protest gegen den Versailler Vertrag im Lustgarten Ausdruck zu verleihen wünschten, war ein lehrreiches Beispiel dafür. Diese Kundgebung, die weder durch Geschlossenheit, noch durch Größe und erst recht nicht durch die Erscheinung und die Gesichter der Demonstranten auch nur den geringsten Eindruck von Kraft erweckte, war polizeilich als überparteilich zugelassen worden. Eine bodenkliche Entschuldigung bei der voraussehbaren Tatsache, daß die NSDAP den ganzen Aufmarsch unangekündigt als Propagandagelegenheit ausnutzte. Immerhin hatte

## Katholische Heerschau.

In der irischen Hauptstadt Dublin tagte eine Woche lang der internationale Eucharistische Kongreß, für die katholische Kirche eine hervorragende Gelegenheit, ihren Organisationsapparat in Bewegung zu setzen und ihre Getreuen zu zählen.

Ueber eine Million Katholiken waren zur Teilnahme an dem Kongreß nach Dublin gekommen, davon viele aus Amerika und Kanada! Es fanden Prozessionen und Versammlungen statt, an denen etwa 300 000 Menschen teilnahmen. Die ganze Stadt war in Mitleidenschaft gezogen: Kein Haus entzog sich der Teilnahme am Straßenschmuck und an der Illumination zu Ehren des päpstlichen Gesandten.

Die Kirche ist reich, und sie zeigte das in Dublin. Kardinal LAURI, der päpstliche Gesandte, kam als Fürst nach Irland und wurde als Fürst empfangen. Der schneeweiße Dampfer, auf dem er sich in England einschiffte, war ausschließlich für ihn und seine Begleiter reserviert; 15 irische Flugzeuge flogen in Kreuzesform über dem Dampfer.

Trotz dieser prunkvollen Machtentfaltung haben die Katholiken es nicht erreicht, die irisch-englischen Streitig-

keiten, wie sie es als Friedensengel gern geschon hätten, von ihrer Tagung fernzuhalten. Die irische republikanische Armee hat es erzwungen, daß die englische Fahne in den Dubliner Straßen fehlte und daß der englische Generalgouverneur von Irland an dem Empfang zu Ehren LAURIS nicht teilnahm. Die Kirchenbehörden haben vergeblich versucht, diesen politischen Ton aus ihrer Feier zu verbannen.

Es fehlte endlich auch nicht an offenen Gegnern, die sich aus politischen und konfessionellen Gründen dem Kongreß widersetzen. In dem katholischen Irland besteht seit Jahrhunderten eine protestantische Partei, die ihren Namen von dem englischen König WILHELM von Oranien entlehnt und die Vertretung englischer Interessen in Irland mit dem Eintreten für die in England herrschende protestantische Konfession verbunden hat. Wie lebendig diese alten, konfessionell verkleideten politischen Gegensätze sind, zeigten die Vorgänge am Schluß des Kongresses, wo es bei verschiedenen Zügen abfahrender Kongreßteilnehmer zu heftigen Kämpfen mit den angreifenden Orange-Leuten kam. Auch die feierliche Schlußsitzung der Konferenz, in der der Kardinal den päpstlichen Segen erteilte, wurde — offenbar auch von englisch-protestantisch gesonnenen Gegnern — gestört durch Flieger, deren Motorengeräusch die päpstliche Botschaft übertönten.

die Polizei ihre Stellungnahme durch zwei Forderungen gesichert. Die SA durfte im Zug der Bünde und Korporationen nicht mitmarschieren: sie durfte keine Hakenkreuzfahne führen.

So marschierte die SA in kleinen Trupps gesondert heran. Aber eine Fahne brachte sie doch mit. — Die Polizei griff zu. Sie beschlagnahmte die Fahne, mitten aus der Hakenkreuzübersäten Menge heraus, während vom Lautsprecher her die ersten ROSENBERG'schen Phrasen vom Wiedererwachen des altgermanischen Charakters herübertönten. Und er erwachte! Pfeifen, Johlen, Geheul! Einzelne SA-Männer stürmten alarmierend über die Rasenflächen auf andere braune Hemden los. Erregte Gespräche überall: „Was haben so gemacht? Die Fahne weggenommen? Totschlagen müßte man die Kerls!“

Ich erwartete in jedem Augenblick, Schüsse zu hören und von allen Seiten des Platzes die braunen Banden heranzustürmen zu sehen.

Nichts derart geschah. Die Menge johlte noch eine Viertelstunde lang weiter; die von ROSENBERG bearbeiteten Lautsprecher bemühten sich vergeblich, dagegen aufzukommen. Die Aufmerksamkeit der meisten war von der Museumstreppe mit ihrem bunten Aufbau offizieller studentischer Maskerade wegelenkt zum Platz vor dem Dom, wo aus dem Haufen der Demonstranten ein kahler und trübselig wirkender Stock herausragte: die ihres stolzen Tuchs entkleidete Fahnenstange, wie man sich erzählte.

Vor dem Dom eine Schupo-Reihe, 20 bis 30 Beamte, ruhig, sicher und unbeteiligt. Die Gummiknüppel brauchten nicht erst in Tätigkeit zu treten. Es genügte, daß sie da waren.

Beim Abmarsch des Zuges wurde allerdings doch ein scharfes Vorgehen der Polizei notwendig. Die Demonstranten dachten nicht daran, sich, wie es angeordnet war, auf dem Kaiser-Franz-Joseph-Platz zu zerstreuen, sondern drangen in die Bannmeile ein, wo es zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei kam.

Ein Trupp nationalsozialistischer Raufbolde stürmte in die Universität, wo es ebenfalls zu schweren Krawallen kam. Mit gewissen gegenüber HITLER dienstfertigen Intervallern läßt man sich besser nicht ein. Das erfährt jetzt der bayerische Bauernführer HEIM, der dem „Daily Express“-Korrespondenten DELMER eine Unterredung gewährt hatte und sich nun mit diesem Herrn in der Presse herumzanken muß, ob er seine Stellung zur Frage der Monarchie so oder so formuliert habe. DELMER gehört zu denen, die sich von HITLER im „Kaiserhof“ empfangen zu lassen pflegen, wenn der Osaf der Welt seinen Willen kundgeben will.

### Interessantes aus der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Die Nazis müssen!

Der NS TREFF erklärte in der Dienstag-Sitzung, die NS „müßten“ es ablehnen, dem kommunistischen Antrag, das Höchstgehalt für städtische Beamte auf 6000 Mark festzusetzen, zuzustimmen.

In der Tat: sie müssen. — GALLE vom Zentrum begründete, weshalb das Zentrum im Haushaltsausschuß gegen die Schließung der Sammelklassen (der sogenannten weltlichen Schulen) gestimmt habe: der Charakter der Bekenntnisschule werde durch Aufnahme der Schüler aus den Sammelklassen gefährdet.

Das nationalsozialistische „Hamburger Tageblatt“ ist für fünf Tage verboten worden.

## Fast alle unterzeichnen!

Wir erhalten die folgende Zuschrift:  
... mit gleicher Post geht die Liste (betreffend Wahlblock SPD und KPD) mit 61 Unterschriften eines L. er Buchdruckereibetriebes an die Spitzenverbände der freien Gewerkschaften.

Es sind dies fast alle Kollegen, denen die Liste vorgelegen hat.

Mit freiem Gruß verbleibt

## Französische Gewerkschaften für deutsche Erwerbslose.

Die Confédération Générale de Travail (CGT), die in Frankreich dem ADGB entspricht, hat dem ADGB die Summe von 150 000 Francs (25 000 Mark) zur Unterstützung von Kindern Erwerbsloser in Deutschland überwiesen. In einem Begleitschreiben weist die CGT darauf hin, daß diese Summe aus einer Sammlung stammt, die unter den gewerkschaftlich organisierten zu Gunsten von Kindern Erwerbsloser veranstaltet wurde.

Gleichzeitig wurde dem freigewerkschaftlichen Verband in Oesterreich die Summe von 50 000 Francs (8300 Mark) überwiesen.

Ein schönes Zeichen internationaler Solidarität, das in Frankreich keineswegs vereinzelt dasteht.

## Briefkasten.

Wie wird die Arbeitslosen-Unterstützung für Arbeitslose errechnet, die zuvor in Kurzarbeit standen?

Nach § 105 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist für die Festsetzung der Höhe der Arbeitslosenunterstützung das Arbeitsentgelt maßgebend, das der Arbeitslose im Durchschnitt der letzten 26 Wochen vor der Arbeitslosmeldung bezogen hat.

Soweit er in dieser Zeit infolge Arbeitsmangels die in seiner Arbeitsstätte übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht erreicht hat (z. B. infolge Kurzarbeit oder Feierschichten) und deshalb Lohnkürzungen unterworfen war, ist für die Höhe der Arbeitslosenunterstützung das Arbeitsentgelt zu Grunde zu legen, das er ohne Kürzung der Arbeitszeit bezogen hätte.

L. W.

## Volksbegehren der Arbeiterschaft.

Die Listen für die Reichstagswahl können bis Mitte Juli noch eingereicht werden. Wir wollen bis dahin die Anstrengungen für die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterliste von SP bis KP fortsetzen.

Unterschriftenlisten können bei uns angefordert werden.

## Das große „Muß“.

Rgh. „Jedes Lebewesen wird geboren, entwickelt sich, wird alt und muß sterben, ob es Fürsten sind oder Proletarier. Dieses selbe Gesetz gilt auch in der menschlichen Gesellschaft. Darum muß auch der Kapitalismus sterben.“

So sprach am 17. Juni der kommunistische Reichstagsabgeordnete AGATZ in einer kommunistischen Versammlung in Bochum.

Bei einem solchen Glauben ist die Antwort verständlich, die AGATZ einem ISK-Genossen erteilte, der für die Forderung sprach, die heute zunächst verwirklicht werden sollte, um den Kapitalismus schließlich dahin zu bringen, daß er sterben muß. Diese Forderung geht dahin, einen der faschistischen Hilfstruppe des Kapitalismus im Wahlkampf einen Fußtritt zu geben durch das Zusammenstehen der Arbeiterparteien.

AGATZ meinte dazu: „Im Kampfe gegen die Strafexpeditionen der SA-Horden wird die Einheitsfront von unten geschmiedet werden.“

Sie „wird werden“!  
Das war auch der Glaube, der den Führer der italienischen Kommunisten, BORDIGA, besaß, wenige Monate vor Mussolinis Sieg. BORDIGA meinte damals: „An unserem Siege ist nicht zu zweifeln.“

Bald darauf war ihm nur die Freiheit verblieben, von Moskau aus in Artikeln diesen Glauben zu verkünden.

## Starker Rückgang der Unfälle im deutschen Braunkohlenbergbau.

Dem soeben erschienenen Bericht der Sektion IV der Knappschafts-Berufsgenossenschaft ist die erfreuliche Tatsache zu entnehmen, daß die Unfälle im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau einen außerordentlich starken Rückgang aufweisen. Die entschädigungspflichtigen Betriebsunfälle betragen im Bereich der Sektion IV

im Jahr 1929: 968,  
1930: 616 und  
1931: 389.

Die Belegschaft ist in den genannten Jahren zwar zurückgegangen, doch ist die Senkung der Betriebsunfälle wesentlich stärker als die Senkung der Belegschaftsziffern. Die Betriebsunfälle auf je 1000 Mann der Belegschaft betragen

im Jahre 1929: 15,23,  
1930: 11,42 und  
1931: 8,33.

Die stark sinkenden Unfallziffern sind eine Wirkung der Mechanisierung des Braunkohlenbergbaus. Die immer weitergehende Einschränkung der Handbetätigung bei der Förderung, die Vergrößerung der Förderleistungen, die Einführung von stärkeren Baggern, Großraumwagen, Absetzern, Gleisrückmaschinen und Förderbrücken an Stelle von zahlreichen Einzelantrieben und kleineren Wagen beim Braunkohlenbergbau hat zweifellos viele Unfallgelegenheiten ausgeschaltet.

**Internationale Hilfs-Vereinigung, Bezirk Berlin-Brandenburg**  
Berlin SW 68, Wilhelmstraße 135, I, Tel. Bergmann 8736.

Ortsgruppe Charlottenburg: Mitgliederversammlung Freitag, 1. Juli, um 8 Uhr abends, im Lokal Germar, Kaiser-Friedrich-Str. 30, Ecke Grünstraße.  
Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg: Am Sonntag, 3. Juli, findet in Berlin die Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg statt.  
Tagesordnung: 1. Wie organisieren wir die überparteiliche Klassen-solidarität? Referent: Genosse Jacob Schlör. 2. Bericht des BV und nächste Aufgaben. Referent: Genosse Fritz Schlomka. 3. Diskussion. 4. Wahlen. 5. Anträge. 6. Verschiedenes. — Beginn der Konferenz 10 Uhr vormittags.  
Auf zehn Mitglieder entfällt ein Delegierter. Delegierte und Anträge sind bis 26. Juni an dem BV zu melden. Delegierte müssen Ausweis der Ortsgruppe und Mitgliedsbuch mitbringen. Bezirksvorstand Berlin-Brandenburg.

# Rote Betriebsräte-Konferenz zur Schaffung der Einheitsfront.

A. G. Der Betriebsrat der Firma Raboma hatte zu einer Betriebsräte-Konferenz am 28. Juni eingeladen, und zwar die Betriebsräte der Metallbetriebe von Tegel, Borsigwalde, Wittenu, Hermsdorf, Rosenthal, Reinickendorf-West und -Ost. Von den 42 Delegierten gehörten 33 dem Roten Einheitsverband der Metallarbeiter an, acht dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und einer war unorganisiert. Ferner waren 77 Gäste anwesend.

Angekündigt war als erster Redner ein Vertreter des DMV, als zweiter ein Vertreter des EVMB. Da der DMV keinen Vertreter gesandt hatte, sprach als erster der Vorsitzende des Roten Einheitsverbandes, PESCHKE.

Er betonte, daß es keinen Sinn hätte, angesichts der gefährlichen Situation fünf Minuten vor zwölf in den alten Fehlern herumzukramen und die alten Fäden weiter zu spinnen. Vielmehr sei das Einigende in den Vordergrund zu stellen. Leider kam nach dieser richtigen Einleitung nichts, was die Einheitsfront der Arbeiter hätte einen Schritt vorwärts bringen können. In den Betrieben arbeiten, um die Einheit im Kampf gegen Lohnabbau, Notverordnung und Faschismus herzustellen, schlug PESCHKE vor, also Methoden, die bisher so gut wie ganz versagt haben, so sehr versagt haben, daß auch auf dieser Konferenz der Verband, der zur Herstellung der Einheitsfront in unserem Kreis unerlässlich ist nämlich der DMV, nicht einmal einen Redner

stellte. Von den etwa sieben Diskussionsrednern wandten sich drei gegen die alten unzureichenden Methoden der Einheitsfront-Politik. Es war erfreulich, daß so die Anwesenden, die nur auf die alten Methoden schwören, wenigstens zur Kenntnis nehmen mußten, daß andere Einheitsfrontbestrebungen heute bereits an Boden gewonnen haben. Von einem dieser Diskussionsredner wurden PESCHKEs richtige einleitende Worte unterstrichen und festgestellt, daß der Berliner SPD-Vorsitzende KÜNSTLER in der Versammlung der AEG nichts weiter gefordert habe, als daß der Kampf gegen die SPD von Seiten der KP eingestellt werden solle. Betretenes Schweigen bei PESCHKE. Um so mehr ließ er dann im Schlußwort ebenso wie die andere Gruppe der Diskussionsredner seinen „Vorsatz“ fallen, nicht in den Fehlern herumzuwühlen, sondern nur das Einigende zu betonen. „Wir stoßen die Arbeiter tiefer in die SPD hinein, wenn wir mit den SPD-Führern zusammengehen.“ In dieser Behauptung liegt die ganze ideologische Schwäche der KPD einfach und klar ausgesprochen. Diese Schwäche war es wohl auch, die verhinderte, daß die eingebrachte Entschlie-ßung auf Bildung eines Wahlblocks bei der Reichstagswahl zur Abstimmung gestellt wurde.

Solange die KP an ihrem Glauben festhält, mit ihren bisherigen Methoden die SP-Massen von ihren Führern lösen zu können, wird sie nicht zur Verbreiterung der antifaschistischen Front beitragen.

## Zentrums-Personalpolitik.

Die kurze Zeit der stellvertretenden Ministerpräsidentenschaft HIRTSEIFERS in Preußen ist vom Zentrum bereits benutzt worden, um eine entscheidende Stelle des preußischen Kultusministeriums: die Leitung des Volksschulwesens mit einem katholischen Ministerialdirektor zu besetzen (Dr. WENDE).

Auch der Staatssekretär des preußischen Kultusministeriums ist Zentrumsmann.

# BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name

Ort

Str. und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Eine „sozialliberale Partei der neuen Mitte“ ist in Köln gegründet worden. Dieser neue Interessenhaufen der alten Mitte wird die unentschlossenen bürgerlichen Gruppen nicht vor dem Schicksal, zerrieben zu werden, bewahren.

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Berlin:** Mittwoch, 29. Juni, 20 Uhr, Klubhaus, Ohmstr. Thema: Das Volksbegehren der Arbeiterschaft. — Wie schlagen wir den Faschismus?

**Essen:** Dienstag, den 5. Juli, 20 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Kastanienallee. Thema: Naziterror in Braunschweig. Redner: Genosse Probst, Braunschweig. Eintritt 10 Pf. Für Erwerbslose frei.

**Essen-West:** Freitag, den 1. Juli, 20 Uhr, bei Spellerberg (früher Gartke), Siemensplatz: Die Schaffung eines Wahlblocks SP—KP.

**Göttingen:** Sonnabend, 2. Juli, 20,30 Uhr, im kleinen Saal des Volksheims. Thema: Der linke Wahlblock unter Führung des ADGB. Redner: Gen. Walter Probst (Braunschweig).

**Kassel:** Donnerstag, 30. Juni, 20.15 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Thema: Wie steht es mit der Einheitsfront der Arbeiterparteien?

**Freie Aussprache! Eintritt frei!**

## Wirtschaftspolitische Aussprache:

**Berlin:** Freitag, den 1. Juli, 20 Uhr, im Konferenz-zimmer des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24 (Eingang durchs Restaurant).

Thema: Wie werden Produktion und Verteilung geregelt in der Marktwirtschaft? In der Planwirtschaft? Leitung der Aussprache: Hellmut Rauschenplat. Unkostenbeitrag: 30 Pf. Für Erwerbslose frei.

## MAGDEBURG

### Naturreiner, echter Bienenhonig

10 Pfd.-Eimer nur RM 10,75  
5 Pfd.-Eimer nur RM 5,50

**Frischkost-Reformhaus**  
Magdeburg  
O. v. Guerickestraße 104.

## Bereits 80 Mark genügen!

Und Sie erhalten einen hochwertigen **Maßanzug** aus erstklassigem Stoff, mit bestem Futter, in sorgfältiger Maßarbeit.

Preisänderungen nach oben und auch noch nach unten, je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!  
**R. Schönheit, MAGDEBURG, Otto von Guerickestr. 104, H. v. I.**

## BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

**A. H. TIMMERMANN**  
Hamburg, Barcastraße 8.  
Telephon: 25 53 42

## BERLIN

# KAMERA

Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987.

## Festspiele des Films:

28.-30. Juni: **Rango** (Ein Tierfilm von Schoedonck)

Mit Byrd zum Südpol!

Aufangzeiten: 15, 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

## Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

## Oscar Wettig, Gelnhausen

## Robert Peppmüller, Göttingen

**Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur**  
Kataloge und Auskunft gratis!

# Indien in der Zange

Von KARL HINKEL

## Die wirtschaftliche Not eines großen Volkes

Mit einer Karte und 9 Bildern. 156 Seiten. Broschiert 3 Mark. In Ganzleinen 4 Mark.

### Aus den Presse-Urteilen:

„Eine eingehende Auseinandersetzung mit der englischen Kolonialpolitik in Indien. Eine vernichtende! — Diese Tatsachen — die zum Teil wohl unbekannt sind — müßten jedem Menschen die Augen öffnen über die Verfallenenheit der kapitalistischen Welt. ... Zusammenfassend: Man lese es mit Kritik, und man wird Wertvolles gewonnen haben.“

„Das Andere Deutschland“, Nr. 26, 25. Juni 1932.

„Zum wohltuenden Unterschied von der durch die Gandhi-Bewegung ausgelösten großen Indien-Literatur zeigt das Buch Hinkels die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen auf, unter denen die Millionenmassen der indischen Bevölkerung heute noch leben müssen. ... Auch mit den Vorschlägen für die Beseitigung dieser Uebelstände, die Hinkel angibt, werden sich wohl die meisten Leser einverstanden erklären können.“

„Die Intern. Gewerkschaftsbew.“ (Herausg. v. IGB.) 12. Jahrg. Juni 1932, Nr. 6.

„In diesem Buch werden Tatsachen aus dem Leben des indischen Volkes, die dem Europäer in weitem Maße unbekannt sind, berichtet.“

„Arbeit und Wirtschaft“, 1. Juni 1932.

„Die Auseinandersetzung mit Gandhis wirtschaftlichen und politischen Lehren wird besonderes Interesse finden, zumal sie auf Grund von Gesprächen mit Gandhi und seinen Schülern erfolgt.“

„Volksblatt“ (Bochum), Nr. 105, 6. Juni 1932.

**Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.**

Postscheckkonto: Berlin 81 842.



# Kapitulation vor Hitler.

Die zweite Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen, die das Datum vom 28. Juni 1932 trägt, ist am Mittwoch mittag verkündet worden.

Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

## § 1.

(1) Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge dürfen von den Landesbehörden wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden.

1. allgemein nur für bestimmte abgegrenzte Ortsteile,
2. im übrigen nur im Einzelfalle.

Weitergehende allgemeine Verbote treten außer Kraft. (2) Das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer nicht verbotenen politischen Vereinigung kennzeichnet, darf von den Landesbehörden nur im Einzelfalle bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden. Bestehende allgemeine Verbote dieser Art treten außer Kraft.

(3) Hat der Reichsminister des Innern gegen ein Verbot nach Absatz 1 Nr. 1 Bedenken, so kann er die oberste Landesbehörde um Aenderung oder Aufhebung ersuchen. Entspricht die oberste Landesbehörde dem Ersuchen nicht, so kann er das Verbot aufheben.

## § 2.

Der Reichsminister des Innern kann allgemein für das ganze Reichsgebiet oder einzelne Teile Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sowie das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnet, verbieten und für Zuwiderhandlungen Gefängnisstrafe oder Geldstrafe allein oder nebeneinander androhen.

## § 3.

Plakate, Flugblätter und Flugschriften, in denen zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen aufgefordert oder angereizt wird, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden.

## § 4.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Gleichzeitig mit der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen ist eine Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge verkündet worden.

Nach dieser wird auf Grund des § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 mit Wirkung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

## § 1.

(1) Öffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel sind spätestens 48 Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes der Ortspolizeibehörde anzumelden.

(2) Sie können im Einzelfalle verboten werden, wenn nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu besorgen ist. Statt des Verbots kann eine Genehmigung unter Auflagen ausgesprochen werden. Zuständig sind, soweit die obersten Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden.

(3) Öffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel können aufgelöst werden, wenn sie nicht angemeldet oder wenn sie verboten sind oder wenn von den Angaben der Anmeldung absichtlich abgewichen oder wenn einer Auflage zuwidergehandelt wird.

(4) Ausgenommen sind gewöhnliche Leichenbegängnisse, die hergebrachten Züge von Hochzeitsgesellschaften, kirchliche Prozessionen, Bittgänge und Wallfahrten.

(5) Eine Anordnung nach Abs. 2, 3 kann nach den Bestimmungen des Landesrechts angefochten werden.

## § 2.

(1) Mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft:

1. wer ohne die nach § 1 erforderliche Anmeldung oder in absichtlicher Abweichung von den in der Anmeldung gemachten Angaben oder unter Zuwiderhandlung gegen ein Verbot oder eine Auflage eine Versammlung oder einen Aufzug veranstaltet oder leitet oder dabei als Redner auftritt,

2. wer für eine Versammlung, die entgegen der Vorschrift des § 1 nicht angemeldet oder die verboten ist, den Raum zur Verfügung stellt.

(3) Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark wird bestraft, wer an einer Versammlung oder einem Aufzuge teilnimmt, die entgegen der Vorschrift des § 1 nicht angemeldet oder die verboten sind.

(3) Die Vorschriften des Abs. 1, 2 sind nicht anzuwenden, wenn ein politischer Zweck mit der Tat verbunden war und eine Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht eingetreten ist.

## § 3.

Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark wird bestraft, wer sich nach Erklärung der Auflösung einer Versammlung (§ 1 Absatz 3) nicht sofort entfernt.

## Der politische Sinn der Verordnungen.

Diese ganze Notverordnung und die anhängende Ausführungsverordnung hätte sich kürzer so ausdrücken lassen:

In Deutschland hat nur das zu geschehen, was die Herren von HINDENBURG und von GAYL für gut halten. Das ganze Drumherumgerede um diesen klaren Tatbestand kann diesen selber nicht völlig verdunkeln. Es entsteht hier für alle die, die dem Geltungsbereich der deutschen Reichsverfassung unterstehen, die Frage, bis zu welcher Ausschließung des Volkswillens unsere Herren Notverordnungspolitiker nach dieser Verfassung das Recht haben. Diese rechtliche Frage ist nicht ohne weiteres eine bloß juristische Spitzfindigkeit. Wir wissen selbstverständlich, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind, und wir wissen aus dieser Erkenntnis heraus ebenso selbstverständlich, daß das gepeinigete deutsche Volk die Herrenklasse seiner Großgrundbesitzer und seiner Schwerindustriebarone nicht dadurch los wird, daß die zwar rot gekleideten, aber schwarz denkenden Herren vom Reichsgericht diese Sippschaft in ihre Schranken zurückverweist. Aber aus Gründen der Aufklärung aller rechtlich denkenden Menschen sollte die Frage dem Staatsgerichtshof oder einer andern dafür zuständigen gerichtlichen Instanz vorgelegt

## Zum Reich-Länder-Konflikt.

HIRTSIEFERS Einladung zu der Innenminister-Besprechung war, wie der „Abend“ mitteilt, an alle Länder ergangen, deren Ministerpräsident oder Innenminister nicht NS sind.

Sachsen war bei der Besprechung nicht vertreten; „von preußischer Seite“ wird dazu mitgeteilt, daß Sachsen vorher schriftlich seine Zustimmung zu den Entschlüssen, die die Konferenz fassen würde, mitgeteilt habe.

Der württembergische Staatspräsident BOLZ hat sich im Landtag auf eine nationalsozialistische Anfrage hin über seine Stellung zur Reichspolitik unter anderem folgendermaßen geäußert:

Er habe den Reichspräsidenten gebeten, er möge das SA-Verbot nicht aufheben; denn seit Jahren habe er (Bolz) den Standpunkt vertreten, daß das Uniformtragen der Verbände eine Gefahr für den inneren Frieden bedeute. Die gegenwärtige Reichspolitik halte es für falsch. Man beuge sich aber den Bestimmungen, die vom Reich erlassen werden, und man wolle nicht rebellieren.

Man habe in Württemberg nie an ein einseitiges Uniformverbot gedacht, da ein solches vom Reich erlassen werden müßte. Bezüglich des Demonstrationsverbotes habe er bei der Besprechung zugesagt erhalten, daß bei Schwierigkeiten die Polizei die Möglichkeit eines Eingreifens haben solle.

Zum Schluß betonte Dr. BOLZ, man habe den Eindruck gehabt, daß die Reichsregierung Bedingungen eingegangen sei, die man der württembergischen Regierung auf schriftliche Anfrage nicht habe mitteilen wollen. Im übrigen habe

werden: Wo liegt die Grenze dafür, daß ein Deutscher genötigt ist, das für Recht zu halten und anzuerkennen, was Herr von HINDENBURG verordnet?

Der Kampf gegen die Regierung PAPAN wird von ihr selber immer mehr auf den rein machtpolitischen Bereich abgeschoben. Wir erfahren soeben, daß Herr von GAYL den preußischen Innenminister ersucht hat, den „Vorwärts“ und die „Kölnische Volkszeitung“ auf je fünf Tage zu verbieten. Wenn solche Blätter, Zentralorgane der SPD und des Zentrums, schon eine so revolutionäre Sprache führen, dann bleibt es lediglich ein Spiel des Zufalls, daß überhaupt noch eine linke Presse unverboten und unverhüllt die Wahrheit sagen darf. Herr von GAYL wird auf diese Weise bald alle ehrliche und unbefangene Kritik unmöglich gemacht haben; er wird sich dann so gut wie gar nicht mehr an der wahren Volksmeinung orientieren können, eben weil er sie nicht erfährt. Ihm liegt daran allem Anschein nach auch nicht sehr viel, sonst hätte er sie im Reichstag erkunden können, ehe er diesen auflöste. Sein einziger Stützpunkt bleiben dann die Reichswehr und die eigenartige Gruppe von Leuten, die sich unter dem Titel „nationale Konzentration“ im wesentlichen um die SA gruppieren. Ein bedeutender Staatsmann hat gesagt: „Man kann mit Bajonetten vieles machen, nur nicht auf ihnen sitzen!“ Wir empfehlen Herrn von GAYL sehr, über diese Weisheit nachzudenken. Wenn man schon auf Bajonetten schlecht sitzen kann, dann kann man es auf den feststehenden Messern der SA noch schlechter, und mancher, der Hitler nicht von Anfang an wie lästiges Gewürm beiseite getreten hat, hat erfahren, daß das unklug war. Wenn Herr von GAYL sich persönlich mit Hitler exponieren möchte, so wäre dies seine Privatangelegenheit. Als Reichsminister des Innern ist er unserer Meinung nach verpflichtet, diesen Hasardeur nicht derartig zu bevorzugen, daß er um der Uniformen von dessen Privatarmee willen eine Notverordnung herausgibt.

Wir erinnern Herrn von GAYL nachdrücklich daran, daß in den Orten, wo die SA nicht ihre provozierenden Unverschämtheiten uniformiert zur Schau tragen darf, keine politischen Schlägereien gewosen sind, und daß andererseits in den Orten, wo die SA ihr Wesen treibt, Totschläge und Verletzungen in die Hunderte gehen. Der Reichsminister des Innern ist zum Schutz der öffentlichen Ruhe und Ordnung da. Er hat also die krakeelssüchtige SA zu verbieten und ihre offen zum Morde hetzenden Führer einzusperren. Zur Begründung eines solchen Vorgehens braucht er weder eine Notverordnung noch sonst irgend eine besondere Maßnahme. Dazu genügen die Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuches und ein unbefangener Richter.

das württembergische Staatsministerium alles gebilligt, was er in Berlin vorgetragen habe.

(Der württembergische Staatspräsident bindet sich mit der Zusage, sich den vom Reich erlassenen Bestimmungen beugen zu wollen, mehr als gut ist und als es die Bayern tun.)

Das Antwortschreiben des Reichspräsidenten an den bayerischen Ministerpräsidenten ist in München eingetroffen. Da die Reichsregierung den Brief ihrerseits nicht der Öffentlichkeit übergibt, wickelt auch die bayerische Staatsregierung entgegen ihrer früheren Absicht davon ab, den Brief zu veröffentlichen.

## De Valera bleibt zu Hause.

Der irische Ministerpräsident DE VALERA hat endgültig beschlossen, nicht als Führer der irischen Abordnung zur Weltreichskonferenz nach Ottawa zu fahren. Der vorgegebene Grund — dringende innerpolitische Angelegenheiten — ist offensichtlich nur ein Deckmantel für die Absicht, einen Zusammenstoß mit der englischen Regierung zu vermeiden. Zu dem gleichen Zweck hat man das irische Programm für Ottawa auf einige Handelsangelegenheiten beschränkt.

## Diplomatische Gespräche: Moskau-New York

Der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion hat beschlossen, die Genehmigung zur Errichtung einer neuen Telefonlinie Moskau—New York zu erteilen. Die Telefonlinie geht über Berlin—London und soll nur Staatsgesprächen dienen.

## Knechtskultur.

### Das Aufbauprogramm der DNVP.

M.S. Auf der Reichsführertagung der Deutschnationalen Volkspartei, die Sonnabend/Sonntag in Berlin unter dem Vorsitz von HUGENBERG im Kriegervereinshaus stattfand, wurde zuerst der Machtkampf zur Diskussion gestellt: die Deutschnationalen als politischer Generalstab der Nationalsozialisten, die das Wort „sozial“, wie ihnen von ihren Freunden zur Rechten bescheinigt wird, mit dem gemeingefährlichen Wort „sozialistisch“ verwechselt haben.

Es folgte das Wirtschaftsprogramm: Zerschlagung der Gewerkschaften; Werkstarif vor Allgemeintarif.

Zu diesem Programm, über das wir eingehender bereits im „Funken“ berichtet haben, treten 12 Leitsätze über „Staat und Volksbildung“ hinzu. Ihre Durchführung sichert neben Heer und Polizei die Aufrechterhaltung des Systems, das als Reaktion die Entwicklung zum Sozialismus in einer Weise bremsen kann, daß dabei der Dialektik nur die Zuflucht zum tröstenden „letzten Endes“ verbleibt.

In allem Ernst: Das Volksbildungswesen unserer Tage reicht bereits hin, der Staatsordnung so getreue Strammsteher und Duckmäuser geliefert zu haben — wir können uns über die Mischung von Rohlingen und Angsthäsen, die Hitler hinter sich hat, weitgehend bei der völlig versagenden Volksschule bedanken —, daß ein weiterer Ruck nach rechts die Mehrzahl der Bevölkerung hinter sich finden wird. Und man muß gerecht sein: das enge Leben des Einzelnen findet in solcher Einordnung in das neue Herrenregiment die in mancher Hinsicht bequemste Art des Durchkommens. Man muß mit seinen Interessen schon die Achtung eines Rechtsanspruches verteidigen wollen, um all die Schikanen, die mit der Auflehnung gegen die Reaktion verknüpft sind, auf sich zu nehmen.

Der Marxismus hat in der Arbeiterschaft das Bewußtsein um das Klassenverhältnis geweckt. Dieses Bewußtsein

meldet sich, wo es richtig verstanden wird, als ein solcher Rechtsanspruch. Darum müssen das Rebellentum des Einzelnen und die organisatorische Macht der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften, diese beiden Stützen der Arbeiterschaft, beseitigt werden, wenn die Herrschaft wieder Ruhe im Hause haben soll. Darum fordert sie neben der Beseitigung der Gewerkschaften als schulpolitische Aufgabe: Viel straffere Zügel in die Hand der Lehrer und raus mit all den Aufbauten und Aufstiegsmöglichkeiten der zur Arbeit Berufenen.

Aus den Leitsätzen: Es kommt darauf an, jedem die ihm angemessene Bildung zuzuführen.

Volks- und Realschulen müssen wieder zur Vermittlerin einer geschlossenen Bildung werden.

Alle Erscheinungen des Kulturbolschewismus sind mit wirksamen Mitteln zu bekämpfen.

Den nationalen Sinn und den wehrhaften Geist der Jugend zu pflegen, ist eine der vornehmsten Aufgaben der Erziehung.

Klassenbildung — und innerhalb der unterworfenen Klasse, deren nationaler Sinn voraussichtlich schwach entwickelt sein wird, Drill zur Unterwerfung unter das „nationale“ Interesse der Oberschicht.

Reaktion auf der ganzen Linie des „Aufbauprogramms“ der DNVP! Und zwar eine Reaktion, die auf die Epoche vor den Aufstieg des vierten Standes und vor den Aufstieg des dritten Standes, der Bürgerklasse, zurückgreift. Die Revolution, die den dritten Stand befreite, stellte durch ihren großen Anwalt ROUSSEAU die Frage nach der besten Gesellschaftsform so:

„Wie findet man eine Gesellschaftsform, welche mit der ganzen, gemeinsamen Kraft die Person und das Vermögen jedes Gesellschaftsgliedes verteidigt und schützt und kraft dessen jeder Einzelne, ob er sich gleichwohl mit allen vereint, doch nur sich selber gehorcht und so frei bleibt wie zuvor?“

Der Gesellschaftsform der Deutschnationalen hat ROUSSEAU, der Gutgläubige, der eine solche Form für überwun-

den hielt, eindeutig die Kritik geschrieben (vielleicht liest PAPAN, der Beauftragte dieser Herren, mal nach im „Gesellschaftsvertrag“):

„Ich schließe mit dir eine Uebereinkunft, die dir allen Nachteil und mir allen Vorteil bringt, eine Uebereinkunft, die ich halten werde, solange es mir gefällt, und die du halten mußt, solange es mir gefällt.“

Sein Gegenmittel? Ein so aktuelles, als wenn es heute ersonnen wäre:

„Da nun die Menschen unfähig sind, neue Kräfte hervorzubringen, sondern die einmal vorhandenen lediglich zu verengen und zu lenken vermögen, so haben sie

zu ihrer Erhaltung kein anderes Mittel, als durch Vereinigung eine Summe von Kräften durch eine einzige Triebkraft in Bewegung zu setzen.“

## Lebensnähe.

„Mutter, wir haben heute einen schönen Vers in der Schule gelernt:

Frist er nicht zu jeder Zeit,

Frist er doch nach Möglichkeit.

Schön, nicht?“

„Na, es geht. Aber wen meinst du denn damit?“

„Den lieben Gott, Mutter.“

„Den lieben Gott? Und das habt ihr in der Schule gelernt?“

„Bestimmt, Mutter.“

Entsetzt stürzt die Mutter zur Lehrerin. Ratlos stehen beide vor dem Fall. Wie konnte das Kind nur darauf kommen? Endlich dämmert es der Lehrerin. Sie hat den Kindern morgens einen Vers beigebracht, wirklich einen Vers über den lieben Gott:

„Hilft er nicht zu jeder Frist,

Hilft er doch, wo's nötig ist.“

# Kapitalmangel?

Wir kennen alle das Lied unserer Klassengegner über den Kapitalmangel als Ursache der Wirtschaftskrise. Die Löhne waren angeblich zu hoch und infolgedessen die Kapitalbildung zu gering, sodaß zur Aufrechterhaltung der Produktion das nötige Betriebskapital fehlte u. s. w.

Steuer- und Wirtschaftspolitik der bisherigen Krisenregierungen haben denn auch mit Erfolg dafür gesorgt, daß der große Besitz weitgehend unterstützt wurde auf Kosten der kleinen und kleinsten Einkommen durch die verschiedenartigsten Kopfsteuern (Bürgersteuer, Beschäftigtensteuer, Ledigensteuer, Krisenlohnsteuer) und durch Herabsetzung der Unterstützungssätze. Zum Ueberfluß werden dieselben schon vom Staat so ausgepowerten Massen nochmals als Konsumenten in die Zange genommen durch überhöhte Preise, die sie bezahlen müssen (Getreidezölle, Butterzoll, Salzsteuer).

Was die Kapitalbildung anbetrifft, so hatte diese Gewaltkur tatsächlich einen gewissen Erfolg. Das „Tagebuch“ (Nr. 26, vom 25. Juni 1932) leuchtet in den Prozeß der Kapitalbildung sehr interessant hinein:

„Im Jahre 1931 hat die Kapitalbildung — besser: die Kapitalfreisetzung — Fortschritte gemacht. . . . Fast alle Bilanzen, die jetzt veröffentlicht werden, weisen

## riesige Barbestände und Bankguthaben

aus. Um nur einige Gesellschaften herauszugreifen: Bei ORENSTEIN und KOPPEL, obwohl sie ein Verlustjahr hinter sich haben, betragen die Bankguthaben 30 Prozent des Kapitals. Bei den ROTGERS-Werken, die eine Sanierung vornehmen müssen, liegen trotzdem fast 50 Prozent des neuen Kapitals auf der Bank. Bei der sächsischen Maschinenfabrik SCHUBERT & SALZER sind die Bankguthaben gar 25 Prozent größer als das Aktienkapital. Was aber machen die Unternehmen in dieser Zeit angeblicher Kapitalknappheit mit dem Geld? Dehnen sie jetzt, da Kapitalmangel doch kein Hinderungsgrund mehr sein kann, ihre Produktion aus? Vergrößern sie ihre Betriebe, stellen sie neue Leute ein, beteiligen sie sich auch nur an irgendeinem anderen, der offenbar doch nur wegen Kapitalmangel unausgeführten Projekte? Ach nein! Ein Verwaltungskommuniqué der SCHUBERT & SALZER A. G. erklärt: Da der „ruhige Geschäftsgang große Mittel des Unternehmens unbeschäftigt läßt und eine baldige Geschäftsbelebung noch nicht erwartet werden kann“, schlage die Verwaltung der Generalversammlung vor, das Aktienkapital zu verkleinern und den Aktionären einfach 50 Prozent ihrer Beteiligung in bar zurückzuzahlen. Ebenso wollen die ROTGERS-Werke 20 Prozent ihres Aktienkapitals in bar zurückzahlen, und ähnliche Pläne hört man aus der übrigen Industrie, soweit sie nicht eben pleite ist.“

Wir stellen fest:

Wenn es richtig wäre, daß Kapitalmangel die Ursache der Krise ist, dann müßte die Krise jetzt schleunigst verschwinden.

Sie tut es aber nicht. Im Gegenteil; sie verschärft sich von Tag zu Tag. Warum?

In der Beantwortung dieser Frage gehen wir nicht mehr mit dem „Tagebuch“ einig. Dort wird behauptet: „Der Wirtschaft des Kapitalismus . . . fehlt nicht das Kapital, das zum Profitmachen notwendig wäre,

sondern es fehlt ihr die Ueberzeugung, daß, von Profiten ganz zu schweigen, sogar die Kapitalien selber noch sicher sind, sobald sie einmal in Geschäften stecken. Da liegt, wie man sagt, der Hase im Pfeffer; und dieser Pfeffer heißt Politik.“

Nun ist zwar richtig, daß eine verfahrenere Staatspolitik oder das Randalieren der NS die Krise verschärfen kann, dadurch, daß der Zins nicht mehr als Regulator des Kapitalstroms wirkt. (Die großen in der Schweiz angelegten Kapitalien fließen trotz des niedrigen Zinssatzes in der Schweiz und des hohen in Deutschland nicht nach Deutschland.) Aber trotzdem geht die Begründung des „Tagebuchs“ fehl. Es ist — wie gesagt — zwar richtig, daß infolge der politischen Unsicherheit „sogar die Kapitalien“ in Deutschland nicht mehr sicher sind. Aber dabei ist es ganz gleichgültig, ob sie in der Form von Produktionsanlagen oder von Bankguthaben auftreten. Was soll die Einschränkung des „Tagebuchs“, daß die Kapitalien erst unsicher werden, „sobald sie einmal in Geschäften stecken“? Die Bankguthaben der Industrie liegen doch nicht in Form von Bargeld im Banktresor, und im übrigen sind Bankgeschäfte doch auch Geschäfte, und — wie die Erfahrung lehrt — nicht einmal sichere. Ferner bedeutet die politische Situation gerade für die Banken heute alles andere als eine Sicherheitsleistung.

Wir müssen die tiefere Ursache der Krise also wo anders suchen. Wir haben das im „Funken“ schon oft getan. Wir sehen

## die tiefere Ursache in der enormen Kaufkraftbeschränkung der breiten Massen.

Wie der vorhin erwähnte Geschäftsbericht von SCHUBERT & SALZER ganz richtig feststellt, lohnt es sich für die Kapitalisten nämlich trotz Kapitalüberflusses nicht, zu produzieren, weil der „Geschäftsgang ruhig“ ist, das heißt, weil wenig Nachfrage vorhanden ist. Bedürfnisse sind zwar vorhanden. Die elenden Gesichter auf der Straße und vor den Stempelstellen zeigen sie. Aber die wirksame Nachfrage ist von der Kaufkraft der Massen, von der Einkommenshöhe der Arbeiter abhängig.

Um die Wirtschaft in Gang zu bringen, ist also zur Zeit keine Förderung der Kapitalbildung notwendig, wie die Kapitalisten behaupten. Es kommt ja darauf an, das vorhandene Anlagekapital (zum Beispiel die Fabrikanlagen) und das vorhandene Betriebskapital (zum Beispiel die Bankguthaben der hier genannten Firmen) auszunutzen. Das kann nur geschehen durch Hebung der Massenkaukraft. Diese Forderung steht deshalb im Mittelpunkt unseres Programms zur Bekämpfung der Krise.

Walter Fließ.

## DÄNEMARK

Der Bau der längsten Brücke der Welt. Eine Folge des Butterzoll-Konfliktes: An diesem fetten Brocken bekommen die deutschen Schwerindustriellen und Bauunternehmer keinen Anteil. Eine englische Brückenbau-Firma hat bereits einen Vorvertrag über den Bau der Brücke abgeschlossen, die Falster und Seeland mit einander verbindet und 3,3 Kilometer lang ist. Die Dänen haben nicht einmal, wie zunächst vorgesehen, einen internationalen Wettbewerb ausgeschrieben, sondern sich im Rahmen ihrer englandfreundlichen Wirtschaftspolitik offenbar nur nach England gewandt. — HUGENBERGS „Handelsdienst“ schlägt den Boykott vor: „Man kann von Deutschland nicht gut verlangen, daß es an der Verzinsung dieser Brücke teilnimmt, die eine Chaussee zwischen Dänemark und Deutschland sein soll.“

Auf Seite 91 lesen wir dazu:

„Ein gewisses Zurückbleiben hinter den Zahlen des Fünfjahresplans zeigt die Viehzucht. Der Kampf der Kulaken gegen die sich entfaltende Kollektivierungsbewegung sowie der Umstand, daß die sozialistische, auf Großbetrieben beruhende Viehzucht noch nicht genügend entwickelt ist, führten dazu, daß im vorigen Jahr die Stückzahl des Viehs bedeutend zurückging.“

Dies Verschweigen der besonders interessanten Zahlen macht nur allzu deutlich, daß die Sowjet-Statistik eine politische und propagandistische Statistik ist. Durch solches Verfahren wird der Wert statistischer Angaben natürlich überhaupt in Frage gestellt.

Nun einiges zu den theoretischen Grundlagen der Planwirtschaft auf Grund der vorliegenden Schrift.

Die Verfasser scheinen völlig unfähig zu sein, über die Erfahrungen in der Sowjet-Union hinaus zu denken: In diesem Agrarland hat der Aufbau neuer industrieller Produktionsstätten einen Sinn, wenn auch die Richtigkeit des Ausmaßes bestritten werden kann. Aber auch für Länder Westeuropas sehen diese Planwirtschaftler eine weitere Industrialisierung vor, als wenn es nicht dort darauf ankäme, zunächst einmal die vorhandenen Produktionsanlagen auszunutzen.

Wie stark das Dogma zur völligen Lebensentfremdung führt, möge noch die folgende Stelle zeigen. An die Behauptung, daß die Entwicklung der Produktionskräfte im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft zu einem Wachstum der neuen, zur Ablösung der Bourgeoisie bestimmten Klasse — des Proletariats — führt, wird der folgende Satz angeknüpft: „Diese Klasse ist jedes Eigentums und jeder Eigentumsinteressen bar.“ (Seite 12.)

Wir gestehen: Dieses Auseinanderklaffen von Theorie und Wirklichkeit übertrifft das Auseinanderklaffen von Plan und Wirklichkeit in der Sowjet-Union noch bei weitem!

L. M. KAGANOWITSCH: „Die sozialistische Rekonstruktion Moskaus und anderer Städte der UdSSR.“ Verlag Carl Hoym Nachfolger, Hamburg-Berlin. 146 Seiten.

Eine Rede, die über Sorgen, Nöte und Erfolge sowjet-russischer Stadtverwaltungen berichtet. KAGANOWITSCH ist

# Papen belebt die Konjunktur in der Salzproduktion.

Von der Generaldirektion der bayerischen Berg-, Hütten- und Salzwerke wird amtlich darauf hingewiesen, daß seit der Notverordnung vom 14. Juni, die die Wiedereinführung der Salzsteuer mit Wirkung vom 16. Juli ankündigte, eine derart stürmische Nachfrage nach Speisesalz sowohl bei den Salinen in Reichenhall und Berchtesgaden, als auch bei den sämtlichen bayerischen Niederlagen eingesetzt hat, daß es unmöglich ist, dieser Nachfrage auch nur halbwegs gerecht zu werden, obwohl die Erzeugungsstätten mit Hochdruck arbeiten.

Wem der Versuch gelungen ist, Salz zu hamstern, der muß überdies damit rechnen, daß er zur Nachversteuerung auf Grund von Artikel 4 des neuen Salzsteuergesetzes veranlagt wird.

## BELGIEN

Hohe Eisenbahnverluste: Die belgische Staatsbahn hat im Mai 1932 einen Betriebsverlust von 21 Millionen Francs erlitten. (Zur Vergleichung: Die Einnahmen betragen 196 Millionen Francs.) In den ersten fünf Monaten des Jahres 1932 beträgt der Verlust insgesamt 125 Millionen Francs.

## DEUTSCHLAND

Silberinflation: Im Rechnungsjahr 1931/32 brachte die Münzprägung dem Deutschen Reich 416 Millionen Mark Einnahmen. Im Rechnungsjahr 1932/33 werden 100 Millionen Mark Einnahmen erwartet. — Alle versichern: „Wir machen keine Inflation.“

Stadttrandsiedlung: Die Regierung hat für das Rechnungsjahr 1932 einen weiteren Betrag von 25 Millionen Mark zur Verfügung gestellt und den Reichskommissar SAASSEN beauftragt, sein Amt bis Ende Juli weiterzuführen, um den mit den neuen Mitteln durchzuführenden zweiten Bauabschnitt zu organisieren.

## SOWJET-UNION

Stand der Aussaat: Am 10. Juni waren 1,9 Millionen Hektar weniger besät als im Vorjahr. Bestellt waren insgesamt 87 700 000 Hektar; das sind 85,7 Prozent des Planes. Selbst die Sowjet-Wirtschaften halten den Plan nur zu 96 Prozent erfüllt. Die Kollektivwirtschaften hatten ihn zu etwa 90 Prozent erfüllt. Am größten ist der Rückstand der Einzelbauern. Sie haben nur 15 Millionen Hektar ausgesät statt, wie geplant, rund 22 Millionen Hektar.

Vorbereitung der Ernte: Bis zum 1. Juni wurden weniger als die Hälfte der benötigten Heurnte-Maschinen geliefert. Der Plan für die Produktion von Getreideernte-Maschinen wurde nur zu 25 bis 40 Prozent erfüllt. Von 8300 Mähreschern, die die Industrie liefern sollte, wurden nur 2628 geliefert, von 16 000 Dreschmaschinen nur 6330. — Die Reparatur der alten Erntemaschinen in den Sowjet- und Kollektivwirtschaften geht sehr schlecht vor sich.

Lebensmittelindustrie: Die Margarine-, Graupen-, Stärke- und Sirup-, Salz-, Zucker-, Konserven- und Hefe-Fabriken haben den Plan nicht einmal zur Hälfte erfüllt. Die Salzgewinnung weist noch nicht einmal 15 Prozent der Planerfüllung auf.

Die Müllereibetriebe klagen über schlechte Belieferung mit Rohstoff; in ihnen gehen infolge schlechter Aufbewahrung jährlich 70 000 Tonnen Getreide verloren.

Stahlproduktion: Im ersten Vierteljahr wurde der Plan nur zu 80 Prozent erfüllt. Die Tagesproduktion im Juni hält sich auf dem Stand von 1930.

Kohlenproduktion: Im Juni ist der arbeitstägliche Produktionsplan nur zu ungefähr 83 Prozent erfüllt worden.

(Sämtliche Angaben nach der kommunistischen „Moskauer Rundschau“.)

# Zwei Bücher über die Sowjet-Union.

„Die sozialistische Planwirtschaft in der Sowjetunion.“ Verlag für Literatur und Politik, Wien-Berlin 1932. 134 Seiten.

Diese Schrift enthält die Materialien, die von der Delegation der UdSSR dem internationalen Planwirtschaftskongress in Amsterdam (August 1931) vorgelegt wurden. Der Leser wird über die Geschichte der Planwirtschaft in der Sowjet-Union unterrichtet, über das System der Plan- und Kontrollziffern. Leider finden wir auch hier wieder die anscheinend weit verbreitete Uebung, Berichte über Planziffern in die Berichte über die Wirklichkeit einzuflechten. Weniger höflich: Die Teilnehmer an dem Amsterdamer Kongress wurden angekohlt. Es heißt zum Beispiel auf Seite 99:

„Der Sowjetstaat übertrug in kühner Weise die Erfahrungen der industriellen Großproduktion auf die Landwirtschaft.“

Der Sowjet-Redner übertrug in ebenso kühner Weise die Ziffern des Plans in die Wirklichkeit, als er sagte: Der Trust für Rindviehzucht weist 2 800 000 Stück Rindvieh auf. Der Trust für Schweinezucht zählt 1 900 000 Schweine. — Wir haben bereits in Nr. 92 auf Grund von Angaben des Leiters der staatlichen Planstelle, KUIBYSCHEW, festgestellt, daß diese viel verbreiteten Angaben nicht stimmen. Die richtigen Ziffern lauten für Ende 1931: 2,1 Millionen Stück Rindvieh, 1 Million Stück Schweine.

Ueber die Entwicklung der Landwirtschaft werden viele interessante Ziffern gegeben, bis herab zu Einzelheiten, wie dem Anbau von 106 000 Hektar mit Kenaf und Kendir. Viel interessanter wären statistische Angaben über den Viehbestand, der nach vielen sowjetfeindlichen Berichten katastrophal zurückgegangen ist. Obwohl im übrigen bereits Angaben über 1931 in der Schrift verarbeitet sind, verrät eine Tabelle die Entwicklung des Großviehbestandes nur bis 1929. Die Angaben sind:

Großviehbestand in Millionen Stück	
1927	68,3
1928	70,5
1929	67,1

dabei nicht ohne Humor! So, wenn er von den Schwierigkeiten der Hausverwaltung durch Trusts spricht:

„Der Heizer, ein Trunkenbold, wurde wegen Ersparnis an Brennstoff prämiert. Er heizte fast gar nicht, und die Bewohner mußten vor Kälte nicht wohnen. . . .“

„Oder nehmen wir die Neubauwohnungen in der Ljalja Perulok. Das Haus zerfällt vor aller Augen. Der Müll wird nicht weggefahren. Bei dem Arbeiter DROSCHIN von der Fabrik „Manometer“ ging der Wasserhahn kaputt. Die Frau DROSCHINS meldete dies bei der Hauptverwaltung um 8 Uhr morgens. Man sagte ihr dort: Die Arbeit beginnt bei uns um 12 Uhr. Das Wasser lief natürlich weiter. Die Frau kam um 12 Uhr wieder. Man gab ihr eine Anweisung, doch der Rohrleger zeigte sich nicht. Man steckte einen Stock in den Hahn. Nach zwei Tagen griff ein in der Nachbarschaft wohnender Rohrleger ein und reparierte den Schaden.“ (S. 29.)

„Bei uns passieren oft folgende Dinge: Das Haus ist fertig, man hat viel Geld ausgegeben, und plötzlich stellt es sich heraus, daß die Toiletten, die Küche und die Badezimmer nach der Sonnenseite, die Schlafzimmer dagegen nach der Nordseite gelegen sind.“ (Seite 36.)

Uns ist bisher nur ein einziger ähnlicher Fall bekannt geworden: In Sachsen wurde ein staatliches Kurhaus gebaut. Als es fertig war, merkte man, daß die Baumeister vergessen hatten, Aborte einzubauen. — Wer kann uns nachweisen, daß Ähnliches vorgekommen ist, wenn sowohl der Auftraggeber (der „Bauherr“) als auch der Baumeister keine Beamten waren?

Besondere Probleme entstehen aus dem raschen Anwachsen der Städte. Die Bevölkerung von Moskau hat seit 1926 um 35 Prozent, die von Leningrad um 38 Prozent zugenommen. Fünf Städte im Donezbecken sind in derselben Zeit von 229 000 auf 414 000 Einwohner gewachsen. Fast eine Verdoppelung in fünf Jahren! Städte wie Magnitogorsk und Dnjeprostroi sind in kurzer Zeit überhaupt erst entstanden und hatten 1931 bereits 70 bis 80 000 Einwohner.

Obwohl an manchen Stellen offenbar der Bericht über die Wirklichkeit durch den Bericht über den Plan ersetzt wird, scheint uns diese Broschüre zur Orientierung brauchbar zu sein. Hellmut Rauschenplat.